

# BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN · MESSEN

NR.

WOCHENBEILAGE ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

1 BERLIN 1928  
11. JANUAR

HERAUSGEBER: REGIERUNGS-BAUMEISTER FRITZ EISELEN ■ ■ ■

ALLE RECHTE VORBEHALTEN / FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

## AUSBLICKE AUF DAS BAUJAHR 1928

Im Hauptblatt Nr. 1/2 d. J. haben wir bereits eine Reihe von Meinungsäußerungen zu dieser Frage aus dem Kreise des Baufaches, des Baugewerbes und der Bauindustrie gebracht und setzen diese Betrachtungen jetzt an dieser Stelle fort.

### Reg.-Baumeister a. D. Ernst Runge, Berlin

Man soll sich grundsätzlich davor hüten, über die voraussichtliche Konjunktur im Baugewerbe Vermutungen auszusprechen, sofern diese nicht von der normalen Wirtschaftsentwicklung allein, sondern von willkürlicher Einflußnahme des Staates und seiner Organe abhängt.

Eine Prognose allein hat auch wenig praktischen Wert, solange sie sich allein in Vermutungen ergeht. Wichtiger scheint mir, die Voraussetzungen anzudeuten, die jedem einzelnen notwendig scheinen, damit die Konjunkturkurve der Bauwirtschaft ansteigt.

Ganz allgemein hängt die Aufwärtsbewegung einer Konjunkturkurve in erster Linie von der Nachfrage, vom Bedarf ab, in zweiter Linie von der Produktionsmöglichkeit. Die Produktionsmöglichkeit wiederum ist abhängig vom Vorhandensein genügender Arbeitskräfte, ausreichender Betriebseinrichtungen (Maschinen usw.), vom Vorhandensein der notwendigen Rohstoffe und in erster Linie von ausreichendem, niedrig verzinslichem Betriebskapital.

Sind diese Voraussetzungen für ein Ansteigen der Konjunkturkurve vorhanden?

Die Nachfrage nach Wohnungen wird — darüber Worte zu verlieren, ist überflüssig — noch auf Jahre hinaus vorhanden sein. Die Beseitigung des eigentlichen Wohnungsmangels erfordert nach den letzten Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums den Bau von mindestens 600 000 Wohnungen außerhalb des laufenden Bedarfs. Es gilt darüber hinaus das Wohnungselend, das bereits vor dem Kriege vorhanden war, zu beseitigen, und endlich soviel Wohnungen über diesen Bedarf hinaus zu bauen, daß zum mindesten in Großstädten ein Leerstand von 2 bis 5 v. H. der vorhandenen Wohnungen verbleibt. Dieser Leerstand ist nötig, um die Freizügigkeit der Bevölkerung zu wahren, deren Fehlen die arbeitende Bevölkerung zu unproduktiven Fahrten und Zeitverlust, die öffentliche Hand zum Bau und Betrieb „unproduktiver“ (!) Verkehrsmittel zwingt. Die Voraussetzung für ein Ansteigen der Konjunkturkurve ist, was die Nachfrage anbetrifft, gegeben.

Für die Befriedigung dieser außerordentlich großen Nachfrage stehen Arbeitskräfte, Betriebseinrichtungen und Rohstoffe in ausreichendem Maße zur Verfügung. Neben altgewohnten Baustoffen und Bauvorgängen beginnen sich neue einzubürgern, die geeignet sind, ohne Zuhilfenahme von Facharbeitern und ohne Überlastung der bisher üblichen Rohstoffquellen (Ziegel, Holz) und Betriebseinrichtungen (Baumaschinen), die Erzeugung von Wohnungen beliebig zu steigern (Stahl-, Holz- und Betonhäuser; Verwendung von Betonformsteinen, Platten und generanten Bauteilen).

Soweit erscheint auch die Produktionsmöglichkeit vorhanden zu sein, um den Bedarf zu decken. Auch bis hierher sind alle Voraussetzungen für ein Ansteigen der Konjunkturkurve gegeben.

Es fehlen aber die bei der Wohnungsproduktion mehr als bei jeder anderen Erzeugung notwendigen Betriebskapitalien. Sie fehlen hier um so mehr, als sie nicht wie bei der normalen Warenproduktion mehrmals im Jahre durch Verkauf umgesetzt werden und wieder in die Hand des Erzeugers zurückfließen, sondern als sie meist für dauernd fest angelegt werden.

Nur wenn die Möglichkeit besteht, Kapital in ausreichendem Maße zu schaffen, ist ein Ansteigen der Konjunkturkurve zu erwarten.

Die bisherige Finanzierung des Wohnungsbaues hat mit dem wirklichen Bedarf nicht Schritt gehalten. Die Mittel aus der Hauszinssteuer sind zu gering, um den Wohnungsbau wirklich großzügig zu beleben, die Mittel der Privatwirtschaft (Hypotheken und Pfandbriefinstitute, Banken, Privatkapital) reichen bei weitem nicht aus, den Kapitalbedarf der Bauwirtschaft zu decken.

Als wichtigste Voraussetzung für eine gute Konjunktur erscheint mir daher die Lösung folgender Probleme:

a) Umwandlung der Hauszinssteuer in eine hypothekarische Belastung der Althäuser unter Schonung des Altbetriebes und unter Berücksichtigung der gestiegenen Unterhaltungskosten. Ausbau der Wertzuwachssteuer und insbesondere Anpassung der Grundvermögenssteuer an die Wertschwankungen des Haus- und Grundbesitzes.

b) Mobilisierung der kapitalisierten, grundbuchlich gesicherten Hauszinssteuer zum Zwecke der Stärkung des Realkredits, wobei besonderes Gewicht zu legen ist auf eine Stärkung der öffentl.-rechtl. Pfandbriefinstitute; die Aufnahme von Auslandsanleihen bzw. der Verkauf von Pfandbriefen an das Ausland, wobei die kapitalisierte Hauszinssteuer als Sicherheit und Pfand dienen müßte, wäre mit allen Mitteln zu erstreben.

c) Verleihung der Reichsbankdiskontfähigkeit an Pfandbriefe. Entschlösse man sich dazu, so wäre die Reichsbank stets in der Lage, selbst unter Vergrößerung des heute zu geringen Notenumlaufs Pfandbriefe aufzukaufen und so Hypothekens Kapital zu schaffen. Ich halte dieses Problem für eines der wichtigsten.

d) Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in der Form, daß zwar die Höhe der Miete staatlich festgelegt bleibt, daß aber die Befugnisse der Wohnungsämter schnellstens abgebaut und diese selbst schnellstens beseitigt werden, um die Rechtssicherheit innerhalb der Bauwirtschaft wiederherzustellen.

e) Endlich Beseitigung der Wohnungsfürsorgegesellschaften, die heute zum großen Teil den Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen einzelner Behörden und Stadtbauräte dienen. Die Begebung von I. und II. Hypotheken wäre dem altbewährten öffentl.-rechtl. Kreditinstituten zu überlassen.

Nur diese wenigen Probleme würden, wenn man sie beschleunigt lösen würde, zweifellos eine Belebung der Neubautätigkeit hervorrufen, die m. E. in kurzer Zeit so stark werden würde, daß in wenigen Jahren der Wohnungsmangel beseitigt werden könnte.

Aber dazu ist erforderlich, daß endlich damit aufgehört wird, die Wirtschaft mit Bauprogrammen, „Resolutionen“, Parlamentsbeschlüssen und dgl. zu belästigen, die weiter nichts sind, als leere Redensarten, wenn nicht der Wille und die Kraft zu handeln dahintersteckt. Ich erinnere an die letzte Eingabe der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag, die ein typisches Beispiel für die heutige Art ist, Unvermögen durch tönende Worte zu verbergen. Wenn die alte Entschlußlosigkeit bei Parlamenten und Behörden weiterlebt, befürchte ich ein Sinken, aber kein Steigen der Konjunkturkurve. —



## Deutscher Kalk-Bund G. m. b. H.

Die am 16. Mai 1927 vorgenommene Reichswohnungszählung ermöglicht erstmals eine begründete Schätzung des Wohnungsbedarfs. Die Tatsache, daß rd. 8000 Gemeinden mit einer Bevölkerung von 45 Mill. und mit rd. 11 Mill. Wohnungen von der Zählung erfaßt wurden, berechtigt wohl zu der Annahme, daß uns diese Zählung ein einigermaßen zuverlässiges Bild vermittelt hat. Ernst zu nehmende Wohnungsstatistiker kommen zu einer Schätzung des Wohnungsbedarfs von 550 000 bis 600 000 Wohnungen. Auf Grund der Erfahrungen der Nachkriegsjahre kann nicht behauptet werden, daß unsere Bautätigkeit den jährlich auftretenden Neubedarf befriedigt. Daher wäre mit einer jährl. geringen Zunahme des Gesamtbedarfs zu rechnen. Daraus aber ergibt sich, daß die so brennende Wohnungsnot noch lange bestehen dürfte.

Bei diesem gewaltigen Bedarf müßte man eigentlich alljährlich eine gute Baukonjunktur erwarten, wenn nicht die für den Wohnungsbau zweite Grundfrage, die Finanzierung, den Volkswirt immer wieder vor große Rätsel und Unsicherheiten stellte. Die Erhöhung des Diskontsatzes von 6 auf 7 v. H., die Steigerung des Hypotheken-Zinsfußes, das Stocken des Pfandbriefabsatzes, die Drosselung des Kommunalkredites seitens der Reichsbank bzw. der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, die vermehrte Inanspruchnahme von Sparkassengeldern durch die Kommunen an Stelle ihnen verschlossener Auslandsanleihen lassen für das neue Jahr keine günstigen Aussichten hinsichtlich der Finanzierung des Wohnungsbaues erkennen. Das Aufkommen der Hauszinssteuer, die Mittel der Sparkassen und Sozialvers.-Institute werden wahrscheinlich die für den Bau von etwa 200 000 Wohnungen notwendigen 2½ Milliarden um etwa 900 bis 1000 Millionen unterschreiten. Dieser Unterschied kann nur durch Kapitalbeschaffung aus dem Auslande oder durch Einschränkung des Wohnungsbaues auf etwa ein Drittel wettgemacht werden. Da die Aufnahme von Auslandsanleihen wohl kaum gestattet wird, weil man den Wohnungsbau nicht als produktiv im Sinne der Richtlinien der Beratungsstelle ansieht, so ist leider nur mit einer Einschränkung der Bautätigkeit zu rechnen. Ein dritter Weg, die stärkere Verwendung von Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau, wird nicht gegangen werden, da er eine Herabsetzung der Ausgaben für den Verwaltungsapparat zur Voraussetzung hat.

Auch die Einschränkungen der Bautats bei Post und Eisenbahn werden, wenn die Aufträge auch noch bis zur Mitte des nächsten Jahres laufen, eine Verminderung der Bautätigkeit bewirken. Bei den Reichsbehörden sind gleichfalls Einschränkungen vorgesehen. Z. B. ist der Neubau von Finanzämtern auf Antrag der Preuß. Staatsregierung vom Reichsrat abgelehnt worden.

Es wäre zu wünschen, wenn die Behörden bald dahin wirkten, daß ihre Aufträge gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt werden und dadurch eine Stetigkeit der Konjunktur herbeiführen. Noch besser freilich wäre es, wenn die Behörden ihre Aufträge erst dann verteilen, wenn die Konjunktur am Baumarkt nachläßt, um hierdurch etwa eintretende Krisen möglichst zu mildern.

Man muß leider auch damit rechnen, daß die zur Verfügung stehenden geringen Mittel nicht ausreichen werden, um die veranschlagte Zahl von Wohnungen zu bauen. Die Kalkindustrie hat i. J. 1927 mehrfach nicht unbeträchtliche Lohnerhöhungen gewährt und ist im allg. mit ihren Preisen trotzdem stabil geblieben. Diese Politik wird sich nicht weiter verfolgen lassen, denn die Wirtschaftlichkeit der Betriebe erfordert, daß Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen ausgeglichen werden. Da auch die Bauarbeiter im Frühjahr mit neuen Lohnforderungen kommen werden, wird eine Steigerung der Löhne zwangsläufig eine Verteuerung des Bauens ergeben. Teilt man den Gesamtfinanzierungsbetrag für den Wohnungsbau durch die erhöhten Kosten je Wohnung, so muß sich also eine Einschränkung hinsichtlich der Zahl der zu errichtenden Wohnungen ergeben. Der erhöhte Baukostenaufwand führt wiederum zu einer Steigerung der Miete in den neuen Wohnungen, die schon heute für breite Kreise unerschwinglich sind. Berücksichtigt man, daß etwa 20 v. H. des Arbeitsverdienstes für die Miete ausgegeben werden, so müßten bei einem Mietpreis von durchschnittlich 80 M. für eine Zwei-

zimmerwohnung von dem Mieter 400 M. monatl. verdient werden. Wenn wir auch einschränkend betonen, daß dieses nur für Neubauwohnungen zutreffend ist, so ergibt sich doch daraus, daß unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik noch nicht den richtigen Ausgleich zwischen den Preisverhältnissen auf den einzelnen Gebieten ermöglicht hat. Es wäre verfehlt, eine Besserung durch weitere Lohnerhöhungen, die nur zu Preissteigerungen führen müssen, zu erwarten. Erwünscht vielmehr ist eine gleichzeitige Herabsetzung der Preise und der Löhne, die aber nur durch ein Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen ist. So bestimmt wir an dieses Ziel glauben, so sicher ist dennoch, daß es i. J. 1928 noch nicht erreicht werden wird. Aus dieser Tatsache glauben wir, auch für den Wohnungsbau ungünstige Schlüsse ziehen zu müssen. —

## Georg Mauss, Direktor der Ilse-Ziegeleien, Grube Ilse, N.-L.

Über die Aussichten des neuen Jahres läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Ich schätze die kommende Bautätigkeit geringer — wenigstens im Wohnungsbau — als sie im vorigen Jahre war. Da aber die Bestände an Hintermauerungsziegeln im allgemeinen gering, die Beschäftigung der Werke für bessere Fabrikate über den Jahreswechsel hinaus gut ist, so kann wenigstens mit einem normalen Jahresanfang gerechnet werden. Der Ziegelindustrie wäre das zu wünschen, denn die letzten Jahre waren, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht gewinnbringend. Der Ausbau der Betriebe hat zu Kapitalfestlegungen geführt, die eine Reihe guter Jahresergebnisse verlangen. —

## Stahlbeton Kleinlogel A.-G., Berlin

Ein endgültiges Urteil über die Aussichten im Baujahr 1928 läßt sich noch nicht abgeben. Wir sind jedoch der Auffassung, daß auf unserem Spezialgebiet im laufenden Jahr erhebliche Umsätze getätigt werden können, da größere Objekte seitens der Behörden, insbesondere der Post und Eisenbahn, bereits in Auftrag gegeben sind bzw. projektiert und ausgeschrieben wurden. Auch seitens der Privatindustrie liegt eine große Anzahl von Anfragen vor für Projekte, die im kommenden Frühjahr geplant sind; insbesondere versprechen wir uns von der weiteren Ausbreitung des Betonstraßenbaues eine Belebung im Tiefbaugewerbe. Die Nachfrage nach deutschen Spezialerzeugnissen im Auslande nimmt von Jahr zu Jahr zu, so daß auch Exportaufträge in größerer Zahl zu erwarten sind. —

## Bauunternehmung Gebr. Rank, München

Während wir aus Berichten aus Norddeutschland ersehen, daß Mittel- und Norddeutschland und insbesondere das Rhein- und Ruhrgebiet im Zeichen einer vollen Hochkonjunktur stehen, ist bei uns in Bayern hiervon wenig zu verspüren.

Hauptsächlich steht bei uns in Südbayern die Bautätigkeit im Zeichen des Wohnungsbaues. So wird es auch im laufenden Jahre bleiben, wenn es gelingt, die für die projektierten Wohnungsbauvorhaben nötigen Gelder auch wirklich aufzubringen. Allerdings sind Anzeichen vorhanden, die darauf schließen lassen, daß unsere südbayerische Industrie sich mit Projekten trägt, die wohl in den nächsten Jahren zur Durchführung kommen. Ob dies schon im Jahre 1928 der Fall sein wird, dürfte angesichts des teuren Geldstandes und der offensichtlichen allgemeinen Geldknappheit zu bezweifeln sein. —

## Siemens-Bauunion G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Berlin-Siemensstadt

Die Aussichten auf dem Baumarkt 1928 beurteilen wir im allgemeinen als günstig. Der Umfang der Bautätigkeit dürfte kaum hinter dem des Jahres 1927 zurückbleiben. Die Behörden, die für die Vergabe von Bauaufträgen in Frage kommen, werden sich allerdings Beschränkungen auferlegen müssen, da der Zufluß von Anleihebeträgen wegen der in Kraft getretenen schärferen Bestimmungen nachlassen wird. Staat und Gemeinde werden in der Durchführung von werbenden Anlagen und Kulturaufgaben stark behindert sein.

Die private Hochbautätigkeit wird gehemmt sein durch den Mangel an Hypothekengeld. Letztere ist zurückzuführen auf die unzureichende Kapitalbildung in Deutschland und das Fehlen der anlagensuchenden Kreise. Andererseits besteht als treibende Kraft für den Häuserbau der unverminderte Bedarf an Wohnungen



fort, so daß sich das Gesamtbild auf diesem Gebiet für 1928 kaum wesentlich verändern dürfte.

Bei der Industrie wird das Bedürfnis nach Neuanlagen im Zusammenhang mit den Rationalisierungsbestrebungen wach bleiben. Insbesondere die chemische Industrie wird für die Neubautätigkeit in Frage kommen.

Wenn der Umfang der Tiefbauarbeiten gewissen Einschränkungen unterliegt, wie aus dem vorgenannten hervorgeht, so bleibt trotzdem der Aufgabenkreis für das Jahr 1928 auf dem Gebiet des Tiefbaues ein sehr beachtlicher.

Zur Befriedigung des gesteigerten Strombedarfs insbesondere der Industrie, werden weitere Wasser-

kraft- oder Wärmekraftanlagen ausgebaut werden müssen. Besondere Förderung dürfte auch dem Straßenbau zuteil werden, da in Rücksicht auf den wachsenden Kraftwagenverkehr allerorts das Bestreben sich zeigt, die unzulänglichen Straßendecken in dauerhaftere umzubauen und in einzelnen Fällen Automobilstraßen anzulegen. Die Erweiterung der Schiffswasserstraßen, die Ausführung von Flußregulierungen (Neckar, Main) wird Gelegenheit geben, eine größere Anzahl von Kunstbauten (Wehre, Krafthäuser, Hafenanlagen, Brücken u. a. m.) durch die Bauunternehmungen erstellen zu lassen. Alles in allem ergibt sich auch für den Tiefbau für das Jahr 1928 i. allg. kein unerfreuliches Bild. — (Schluß folgt.)

## DAS BAUWESEN IM PREUSSISCHEN STAATSHAUSHALTSENTWURF 1928

Der bei dem vorjährigen Entwurf erstmalig umgestaltete Aufbau\*) des Staatshaushaltsentwurfes ist beibehalten und nach mancher Richtung noch übersichtlicher gestaltet worden. Außerdem ist dem Entwurf eine interessante Übersicht über die finanzielle Entwicklung von der Befestigung der Währung bis Ende 1927 vorangestellt. Es werden dort zunächst die Einnahmen und Ausgaben, die nicht auf Anleihegesetzen beruhen, also aus den Reichsüberweisungen und den preuß. Steuern zu decken sind, einmal nach der Veranschlagung in den Haushaltsplänen, das andere Mal als Ist-Einnahmen und -Ausgaben gegenübergestellt. Es ergibt sich danach folgendes Bild:

Rechnungsjahr	Einnahmen		Davon aus Steuern		Ausgaben		Überschuß + Fehlbetrag Million. RM
	Millionen RM		Millionen RM		Millionen RM		
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	
1923	—	799,2	—	—	—	801,1	— 1,9
1924	2757	3311,6	2129,0	2542,9	2757,0	3039,1	+ 272,5
1925	3268,4	3572,1	2596,8	2616,5	3268,4	3693,7	— 121,6
1926	3585,3	4034,6	2558,4	2798,3	3585,3	4054,9	— 20,3
1927	3645,0	3695,0 <sup>1)</sup>	2878,9	2918,9 <sup>1)</sup>	3645,0	3757,5 <sup>1)</sup>	— 62,5
1928	4046,9	—	3207,9	—	4120,6	—	—

<sup>1)</sup> Geschätzt. —

Von den Überschüssen des Jahres 1924 sind 200 Mill. zur Bildung eines Betriebsfonds zurückgestellt worden, zur Deckung des Defizits der folgenden Jahre, der also mit Ende 1927 aufgebraucht ist.

Wichtiger für den Baufachmann sind die Einnahmen und Ausgaben, die auf Anleihegesetzen beruhen. Seit Festigung der Währung sind i. g. durch Anleihegesetze 566,5 Mill. M. für extraordinäre Zwecke, also vorwiegend für bauliche Aufgaben, bewilligt worden. Die Mittel wurden wie folgt verteilt:

1. Domänenverwaltung	49 760 000 RM
2. Landwirtschaftliche Verwaltung	89 615 970 "
3. Wasserbauverwaltung (Ministerium f. Landwirtschaft, Mittellandkanal)	22 832 000 "
4. Desgl. (Ministerium für Handel und Gewerbe)	67 485 000 "
5. Handels- und Gewerbeverwaltung	62 698 000 "
6. Bergverwaltung	35 000 000 "
7. Wohlfahrtsverwaltung	190 000 000 "
8. Industriekredite	18 867 950 "
9. Zentralgenossenschaftskasse	30 000 000 "

Von dem Betrag zu 7. (Wohlfahrtsverwaltung) fallen 80 Mill. auf verstärkte Bautätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens, 10 Mill. desgl. insbesondere für Landarbeiterwohnungen, die übrigen 100 Mill. entfallen auf produktive Erwerbslosenfürsorge.

Bis Ende September 1927 sind 558,7 Mill. M. für Anleihezwecke verausgabt worden. Bis Ende 1926 konnten die Ausgaben aus dem Anleiheerlös gedeckt werden, dagegen wird am Schluß des Jahres 1927 volle Deckung nicht mehr vorhanden sein, so daß hier aus Schatzwechseln Deckung geschaffen werden mußte. Es wird ausgeführt, daß die Auflegung von Inlandsanleihen vorläufig unmöglich, bei Auslandsanleihen die stärkste Zurückhaltung geboten sei. Anleihegesetzentwürfe werden dem Landtag nur noch in Ausnahmefällen vorgelegt werden dürfen. —

Der Haushaltsplan für 1928 sieht nun folgende Zahlen vor:

<sup>\*)</sup> Vgl. Jahrg. 1927, Bauwirtschaft und Baurecht, S. 19 ff.

Laufende Einnahmen	3 863 914 394 RM	
Einmalige Einnahmen	182 962 050 RM	
	Zusammen	4 046 876 444 RM
Dauernde Ausgaben	3 815 868 149 RM	
Einmalige Ausgaben	304 685 295 RM	
	Zusammen	4 120 553 444 RM

Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 73 677 000 RM

Interessant ist ein Vergleich mit den Einnahmen und Ausgaben der Rechnungsjahre 1913 und 1927:

Veranschlagt in Millionen RM	1913	1927	1928	Mehr für 1928 gegen	
				1927	1913
Laufende Einnahmen	1 146,9	3 469,5	3 863,9	394,4	2 717,0
Einmalige Einnahmen	15,9	175,5	182,9	7,4	167,0
Zusammen	1 162,8	3 645,0	4 046,8	401,8	2 884,0
Dauernde Ausgaben	1 222,8	3 358,5	3 815,8	457,3	2 593,3
Einmalige Ausgaben	83,9	286,5	304,7	18,2	220,8
Zusammen	1 306,7	3 645,0	4 120,5	475,5	2 814,1
Abschluß	-143,9 <sup>1)</sup>	—	-73,7	+ 73,7	+ 69,9

<sup>1)</sup> Gedeckt aus Überschüssen der Eisenbahnen.

In der Steigerung des Ausgabenetats für 1928 gegenüber 1927 stecken allein 214 Mill. RM. für die Erhöhung der Dienstbezüge usw. für Beamte.

Es wird ausgeführt, daß das Staatsministerium in dem Bemühen, den ungedeckten Fehlbetrag nach Möglichkeit zu verringern, in der Einschränkung der Ausgaben an die äußerste Grenze des Zulässigen gegangen ist.

Nur ganz wenige neue Ausgabeposten sind angesetzt. Es wird erhofft, daß das Reich, dem infolge Übernahme der preuß. Eisenbahnen wohl erhebliche Gewinne aus dem Besitz der Vorzugsaktien zufließen, Preußen bei der Deckung seines Fehlbetrages unterstützen werde.

Erwähnenswert aus den allgemeinen Ausführungen des Etats ist noch, daß nach den bish. Ist-Ergebnissen a. d. Hauszinssteuer für 1927 mit einem Gesamtaufkommen von 1100 Mill. RM. gerechnet werden kann, von dem die Hälfte mit 550 Mill. RM. zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu verwenden ist, und zwar  $\frac{9}{100} = 165$  Mill. RM. durch den Staat,  $\frac{21}{100} = 385$  Mill. RM. durch die Gemeinden. Die andere Hälfte dient bekanntlich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes mit  $\frac{20}{100} = 366,7$  Mill. RM. für den Staat,  $\frac{10}{100} = 183,5$  Mill. RM. für die Gemeinden. Gemäß § 2, Abs. 2, der Hauszinssteuerverordnung sind jedoch die infolge der Hauszinssteuersteigerung vom 1. 4. 1927 erzielten Mehrbeträge gegenüber dem Aufkommen 1926 den Stadt- und Landkreisen zur Förderung der Bautätigkeit bis auf weiteres zur Verfügung zu stellen. Das entspricht 45 Mill. RM.

Nicht uninteressant ist ein Vergleich der Staatsbediensteten 1913, 1927 und 1928. Es waren vorhanden:

	1913	1927	1928	Für 1928 gegen 1913	
				mehr	weniger
1. Planmäßige Beamte	88 394	139 460	141 415	53 021	—
2. Hilfsbeamte	21 531	15 733	14 477	—	7 054
3. Angestellte	7 060	26 299	27 607	20 547	—
4. Staatsamtliche Arbeiter	10 910	15 270	16 162	5 252	—
Zusammen	177 895	196 762	199 661	78 820	7 054
				71 766	



Gegenüber 1913 ist also im Jahre 1928 gestiegen die Zahl der planmäßigen Beamten um rd. 60 v. H., der Angestellten um 291 v. H., der Arbeiter um rd. 48 v. H., die Zahl der Hilfsbeamten ist dagegen um rd. 53 v. H. gesunken, so daß die Kopffzahl aller Staatsbediensteten eine Vermehrung um rd. 56 v. H. zeigt.

Im übrigen müssen wir auf den Haushaltsentwurf selbst verweisen, während nachstehend nur noch auf die einmaligen Ausgaben für bauliche Zwecke eingegangen werden soll:

Es werden für bauliche Zwecke (abgesehen von dem Unterhaltungsfonds bei den dauernden Ausgaben) von den 22 einzeln aufgeführten Verwaltungen folgende Forderungen gestellt, geordnet in aufsteigender Folge der angesetzten Beträge:

1. Landtag	105 000 RM
2. Staatsministerium und Staatspräsidium	200 000 "
3. Gestütverwaltung	378 000 "
4. Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung	955 000 "
5. Domänenverwaltung	1 671 000 "
6. Handel- und Gewerbeverwaltung	1 824 000 "
7. Finanzministerium (Hochbauverwaltung)	2 427 000 "
8. Justizverwaltung	6 430 000 "
9. Landwirtschaftliche Verwaltung	8 817 925 "
10. Allgemeine Finanzverwaltung	10 000 000 "
11. Forstverwaltung	10 327 000 "
12. Ministerium des Innern	18 599 250 "
13. Ministerium f. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	19 509 600 "
14. Wohlfahrtsministerium	175 160 000 "
Zusammen	256 403 775 RM

Das sind, bezogen auf die gesamten einmaligen Ausgaben, rd. 84 v. H.

Im einzelnen verteilen sich diese Forderungen in den verschiedenen Verwaltungen auf folgende Ausföhrungen und Zwecke:

**Landtag.** Dampfkesselevisionsarbeiten 50 000, Erneuerung der Fernspreidzentrale (2. Rate) 25 000 M., Umbau der Fahrstuhl Anlagen nach den neuen Polizeivorschriften 50 000 M.

**Staatsministerium und Ministerpräsident.** Neubau des Staatsarchivs in Königsberg i. Pr. und Dienstwohnung für den Amtgehilfen des Staatsarchivs 200 000 M. (1. Baurate).

**Gestütverwaltung.** Neuanlage bzw. Ergänzung der Wasserversorgungsanlage für das Haupt- und Landesgestüt Neustadt a. d. Dosse 152 000 M. bzw. für das Landgestüt Traventhal 55 000 M.; Wohnungsbauten mit Stallanlagen in Georgenberg, Kreuz, Hunnesrück 121 000 M.; Altersheim mit Stallgebäude Trakehnen 58 000 M. usw.

**Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung\*).** Durchforschung nach Bodenschätzen durch Bohrungen 150 000 M.; Bergakademie Clausthal 505 000 M., vorwiegend für Neubau des maschinentechn. Instituts (2. Rate, Gesamtkosten 866 000 M.); Geolog. Landesanstalt Berlin für Um- und Ausbau des Laboratoriumsgebäudes 300 000 M. (1. Rate, Gesamtkosten 640 000 M.).

**Domänenverwaltung.** Auf verpachteten Domänen sind 680 000 M. zur Ausgabe vorgesehen, davon 500 000 M. für Herstellung elektr. Einrichtungen, 200 000 M. als Beihilfe zu Wegebauten und Bahnanschlüssen, 170 000 M. für den Neubau der Leinebrücke bei der Domäne Ruthe (Kr. Hildesheim), auf selbstbewirtschaft. Domänen noch 38 000 M. für elektr. Einrichtungen, auf anderen Domänengrundstücken noch 185 000 M. für Wegebauten und Schleusen. Für Moore und Mineralbrunnen werden Forderungen für 1928 nicht gestellt, dagegen für Domänen-Weingüter 185 000 M. Zu den allgemeinen Ausgaben der Domänenverwaltung gehören 300 000 M. für die weitere Aufteilung usw. der Domäne Dahlem bei Berlin, 280 000 M. für Erwerb und erste Einrichtung von Domänen.

**Handels- und Gewerbeverwaltung.** Die Eichverwaltung fordert hier 500 000 M. für Neubau und Ankauf von Dienstgebäuden für Eichämter; für gewerbl. Unterrichtswesen werden 480 000 M. angesetzt, für die Vorarbeiten zum Neubau eines Seeschiffahrtsschulgebäudes in Altona, für die Einrichtung des Neubaus für Elektrotechnik an der Maschinenbauschule in Köln und zum Neubau eines

\* Die Anlagen der bergbaulichen Betriebe erscheinen nicht mehr im Etat, da diese selbständige Unternehmen sind.

Dienstgebäudes der Zeichenakademie in Hanau (500 000 M. für Neubau, 100 000 M. für Einrichtung); für den Bau von Häfen, Brücken, Uferschutzwerken, Fähren sind 739 500 M. vorgesehen, davon allein 400 000 M. für die neue Weserbrücke in Hameln (1. Rate, Gesamtkosten 1,45 Mill., preuß. Anteil 1,275 Mill. M., 5 Baujahre). Für Versuche auf dem Gebiete des Eisenbetons sind wieder 5000 M. ausgeworfen. Es sei noch bemerkt, daß im Haushalt dieser Verwaltung 4,5 Mill. M. bestimmt sind zur einmaligen Verstärkung des Fonds zur Förderung des Luftfahrwesens.

**Finanzministerium (Hochbauverwaltung).** Gesamtforderungen rd. 2,43 Mill. M. Die Hauptforderungen sind 1 157 000 M. für die Unterbringung von Behörden in Bütow, Friedeberg, Hirschberg, Linz, Hindenburg, Niebüll, Nordhausen, Schlochau und Stolp sowie eine solche von 1 227 000 M. für Ergänzungsbauten an den Regierungs-Dienstgebäuden in Oppeln (2. Rate).

**Justizverwaltung.** Die Gesamtforderung von 6,43 Mill. M. für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Strafvollzugsbehörden verteilt sich wie folgt:

1. Bezirks-Kammergericht Berlin	1 300 000 RM
2. Bezirks-Oberlandgericht Düsseldorf	1 200 000 "
3. " Hamm	720 000 "
4. " Kassel	150 000 "
5. " Köln	240 000 "
6. " Königsberg i. Pr.	820 000 "
7. " Stettin	300 000 "

Davon entfallen auf Gefangenenanstalten, Strafanstalten, Gerichtsgefängnisse allein 2 Mill. M., davon 1,2 Mill. M. auf den Neubau der Strafanstalt in Brandenburg (3. Rate, bereits 850 000 M. bereitgestellt), 900 000 M. auf außerordentliche bauliche Maßnahmen bei den Gerichten und Gerichtsgefängnissen, je 600 000 M. auf den Neubau für Gerichts- und Gefängnisgebäude der Gerichte in Düsseldorf, Hamborn, Hamm, Königsberg i. Pr., alles Fortsetzungsraten. Eine 1. Rate von 500 000 M. ist für Land- und Amtsgericht in Köln in vorgesehene (Gesamtsumme 900 000 M.) und für das Amtsgericht in Spandau sind 100 000 M. für Vorarbeiten bestimmt.

**Landwirtschaftl. Verwaltung.** In dem Gesamtbetrag von 8,82 Mill. M. sind 5 Mill. M. eingerechnet, die die Landeskulturverwaltung ausgeben will zur Förderung der inneren Kolonisation, also für Siedlungstätigkeit, die nur z. T. für bauliche Zwecke im engeren Sinne bestimmt sind. Weitere 240 000 M. sollen zur Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Landeskulturamt in Königsberg i. Pr. dienen. Für die Landwirtschaftl. Hochschulen in Breslau und Bonn-Poppelsdorf, die Versuchs- und Forschungsanstalt in Landsberg a. W., desgl. für Milchwirtschaft in Kiel, desgl. für Tierzucht in Tschechnitz sind 546 575 M. ausgeworfen, die Tierärztlichen Hochschulen in Hannover und Berlin haben 540 500 M. erhalten, davon Hannover den Hauptanteil für Stallgebäude. Der Fischereiverwaltung sollen 120 000 M. zufließen zum Ersatz veralteter Fischereifahrzeuge, für Wasserwirtschaft, Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen sind 4,57 Mill. M. angesetzt, davon für Ostpreußen 50 000 M., Provinz Brandenburg 776 050 M., Pommern 465 000 M., Niederschlesien 55 500 M., Schleswig-Holstein 1 914 500 M., Hannover 207 000 M., Hessen-Nassau 37 500 M. und die Rheinprovinz 1,2 Mill. bestimmt. Vom letzten Betrag sollen allein 1 Mill. als Bauhilfe für Eindeichungen bei den vom letzten Hochwasser schwer geschädigten Gemeinden verwendet werden. Deiche und Uferschutz erfordern überhaupt die wesentlichsten Mittel. Für Brückenbauten sind 296 000 M. vorgesehen.

**Allgemeine Finanzverwaltung.** Die hier geforderten 10 Mill. M. sind ausschließlich bestimmt zur einmaligen Verstärkung des Bauunterhaltungsfonds aller Verwaltungen. Es wird dazu bemerkt, daß die 1927 bereits für den gleichen Zweck ausgeworfenen 12 Mill. M. nicht ausgereicht haben, um die Schäden, die während Kriegs- und Inflationszeit entstanden sind, völlig auszugleichen. Der Betrag wird nach Bedarf auf die einzelnen Verwaltungen verteilt. (Schluß folgt.)

Inhalt: Aus der Bauwirtschaft: Ausblicke auf das Baujahr 1928. (Schluß) — Das Bauwesen im preußischen Staatshaushaltsentwurf 1928 —